

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 44 (1965)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Die spanische Diktatur ist brüchig  
**Autor:** Reventlow, Rolf  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-337688>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Wertung

Im selben Maß, wie die Arbeit der Klosterwerksätten auf Laienwerkstätten übertragen worden ist, hat sich der Charakter der Kunst zu verändern begonnen, und umgekehrt drang dieser Wandel auch in die Kirchenschätze ein. Die höfische Kunst entwickelte sich bis zum 14. Jahrhundert zur Beherrscherin der gesamten europäischen Kunst; die Renaissance beendete diesen Prozeß. Die aristokratische Eleganz des 18. Jahrhunderts, der völlig weltliche Gehalt der Stücke dieser Zeit kennzeichnen die Erschlaffung der christlichen Ideologie. Die Gegenstände des 18. und 19. Jahrhunderts sind nur noch leere Gehäuse. Sie vermögen uns nicht mehr zu berühren: Endpunkt einer langen Entwicklung der Feudalordnung, die mit zunehmendem Weltbewußtsein die Einheit des theokratischen Gedankens aufbrechen und schließlich verkümmern lassen mußte.

Von allen Kunstgattungen hat somit die Goldschmiedearbeit die bestbelegte Geschichte. Die ständige Wechselbeziehung mit den andern Disziplinen (Skulptur, Architektur, Malerei) verleiht ihr eine Sonderstellung: sie ist *repräsentativ*. Die Goldschmiedekunst vor allen Dingen macht die Geschichte der Kirchenschätze Frankreichs zu einem so reichhaltigen Bilderbuch. Vermittels dieser Schätze die jeweilige Gesellschaft und ihre künstlerischen Äußerungen vor unsern Augen ausgebreitet zu haben, ist das große Verdienst der Ausstellung in Paris.

**ROLF REVENTLOW**

### **Die spanische Diktatur ist brüchig**

Kein Zweifel, das Spanien des Generalissimus und Führers Francisco Franco Bahamonde befindet sich in einer Krise, in einer tiefgehenden Krise, die sich am helllichten Tage in Madrid, in Salamanca, in Barcelona, in Valencia und im Hauptort der einstigen Bergarbeiterbewegung von Asturien, in Mieres, zeigt. Der Streik ist in Spanien verboten, ein strafwürdiges Delikt. Dennoch ist es seit Beginn der fünfziger Jahre da und dort immer wieder zu spontanen Streiks gekommen, zuerst vereinzelt, dann massiver und kompakter und nunmehr, seit 1963, in stärkerem Ausmaß von öffentlich vorgebrachten Forderungen begleitet, die über das, stets brennende, Problem der Angleichung der Lebenshaltung an ständig steigende Preise weit hinausgehen.

Von Amts wegen gehört jeder spanische Arbeitnehmer den famosen «vertikalen» Gewerkschaften an, die – vertikal – von oben nach unten Unternehmer, Direktoren und Arbeitnehmer aller Art kontrollieren. Sie entsprachen bei ihrer Gründung der bekannten faschistischen Losung, daß der – natürlich marxi-

stische und darum an sich schon verdammenswerte – Klassenkampf durch diese ständische Gliederung und Zusammenfassung überwunden, nein, abgeschafft sei. Mussolini hat diese Theorie zum ersten Male in Europa nach seiner Machtergreifung aufgebracht, dann zu einem bürokratischen Kontrollsystem verdichtet und den Ständestaat in seiner Zunftkammer (Camera delle Corporazioni) zur Verfassungsgrundlage des totalitären Staates ausgebaut. Etwas variiert hat Hitler in seiner «Deutschen Arbeitsfront» Ähnliches geschaffen, wobei allerdings sehr viel deutlicher das Führerprinzip im Betrieb durch «Betriebsführer» und «Gefolgschaft» auch terminologisch eindeutig fixiert wurde. Kurzfristig gab es bekanntlich auch einen österreichischen Ständestaat. Viel länger hielt und hält sich die portugiesische Variante dieser festgefügtten Ordnung, die – und das ist der Hauptzweck – die Arbeitnehmer hindert, selbständig aufzutreten. Die Wirklichkeit hat in Spanien seit einem Jahrzehnt dieses System durch spontane Streiks erschüttert. Die Gegenmaßnahmen blieben nicht aus. Es gab Aussperrungen, durch die Gouverneure auf Geheiß der Regierung angeordnet; es gab Verurteilungen, es gab Deportationen in ferne industriearme Gegenden.

Dennoch wurden im Laufe der Jahre diese spontanen Äußerungen der Unzufriedenheit immer selbstbewußter. Ansätze der Organisation, klar formulierte Forderungen zeigen den Beginn eines neuen politischen Lebens im Diktaturstaat des Generalissimus. Illegale Gewerkschaften syndikalistischer, sozialistischer, christlicher oder auch baskisch-nationaler Ausrichtung hat es schon zu Beginn der fünfziger Jahre in gewissen Industriezentren gegeben. Sie folgten ererbten Traditionen der spanischen Arbeiterbewegung aus der vorfaschistischen Zeit, allerdings mit dem Unterschied geringerer Spannungen zwischen den einzelnen Richtungen und der Neuheit, daß aus katholischen Arbeitervereinigungen eine demokratisch orientierte Richtung gewerkschaftlichen Lebens sichtbar wird. Eine unmittelbare Auswirkung dieser natürlich begrenzten, illegalen Gruppen waren bislang nicht sonderlich fühlbar. Erst anläßlich der langdauernden großen Streiks im Vorjahre war ihr Einfluß, meist in Form gemeinsamer Losungen und Manifestationen, fühlbar. Es gab sogar im baskischen Bilbao einen Aufruf zu einer 1.-Mai-Demonstration. Die eigentliche neue Phase eines nunmehr sichtbar werdenden Gegensatzes, Arbeiterschaft und Staatsautorität, aber ist zutage getreten, seit immer häufiger werdende Demonstrationen und Streiks mit Losungen wie «Demokratie ja – Diktatur nein», «Wir wollen freie Gewerkschaften», «Freiheit» an die Öffentlichkeit traten. Die Ursachen sind vielfältig. Das andauernde Elend aller spanischen Arbeitnehmer, steigende Industrialisierung, insbesondere in und um Madrid, die Auswanderung spanischer Arbeiter und Arbeiterinnen nach Mitteleuropa, wo sie, bewußt oder nur halb bewußt, die Wirklichkeit im demokratischen Bereich aufnehmen und dann wieder in die Heimat vermitteln, und

schließlich auch die Einwirkung illegaler Verbände, die mit ihren Kadern als Ferment wirken. Sehr symptomatisch war der mißglückte Nationalkongreß, den die «Vertikalen» unter allerhöchster Leitung des Ehrenpräsidenten, General Franco, für die Arbeiter des Baugewerbes, der Glasindustrie und der Keramik Ende Januar 1965 nach Madrid einberufen hatten. Über zweitausend Arbeiter aus der Metallindustrie und dem Baugewerbe, vereint mit Studenten, versammelten sich vor dem Sitz der vertikalen Organisationen im Paseo del Prado in der Hauptstadt mit den Rufen «Freie Gewerkschaften», «Streikrecht», «Freiheit» und «Wir wollen nicht ins Ausland gehen», «Wir wollen in Spanien zu leben haben». Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Innenstadt von Madrid war von Demonstranten und Polizisten erfüllt, und die regimetreuen Kongreßteilnehmer mußten bis spät am Abend zuwarten, um das Haus der vertikalen Gewerkschaften verlassen zu können.

Im Zeichen der Losung der Gewerkschaftsfreiheit haben sich seither unzählige Demonstrationen abgespielt. Im Zeichen der Organisationsfreiheit sind aber auch die Studenten fast aller spanischen Universitäten in Bewegung geraten. Denn die Studenten sind im totalitären Spanien ebenso wie die Arbeiter von Amts wegen einer einzig und von oben dirigierte Studentenorganisation zugeführt. In den fünfziger Jahren gab es wiederholt Demonstrationen gegen die Tätigkeit oder, besser gesagt, die Untätigkeit des bürokratischen Apparates des SEU (Sindicato Universitario Español). Insbesondere zu Zeiten des ungarischen Volksaufstandes mißlang der Versuch der Behörden, mit organisierten Sympathiebezeugungen für die ungarischen Revolutionäre billigen Antikommunismus zu betreiben. Die Studenten reagierten mit der Losung «Freiheit, auch für uns». Dann aber kam eine lange Pause der Kirchhofsruhe. Seit 1962 lebte die Opposition an den Universitäten wieder auf. Es bildeten sich illegale Verbände, die in steigendem Maße auch in der Öffentlichkeit für die Organisationsfreiheit der Studenten eintraten. Dabei gibt es fast stets einen unmittelbaren Zusammenhang mit Streiks in den industriellen Bereichen oder im Grubengebiet von Asturien. In diesem Jahr entstand als illegale Organisation die FUDE (Federación Universitaria Española), ein sozialistisch orientierter Kaderverband, der nach konspirativen Prinzipien aufgebaut wurde, dessen Funktionäre – nach Fakultäten – alle sechs Monate ausgewechselt wurden. In Barcelona wurden Mitglieder der FUDE zu Strafen zwischen sechs Monaten und dreißig (!) Jahren Gefängnis verurteilt. Die FUDE hat sich ein Statut gegeben, das auch die Zielsetzung der Organisation festlegt. Es heißt da im Artikel 6:

«Die FUDE tritt ein für die Freiheit der Gedanken und des Gewissens, für das Recht der Lehrfreiheit und die Freiheit des Widerspruchs, für die Versammlungsfreiheit und die Organisationsfreiheit, die den freiwilligen Zusammenschluß ermöglicht, sowie für die Freiheit des Unterrichts.»

Mit diesen Forderungen hat die FUDE ihren Wirkungskreis über die Grenzen der nur studentischen Fragen ausgedehnt. Sie entsprechen den Strömungen, die sich auch unter den Universitätslehrern bemerkbar machen und zur Enthebung von ihrer Lehrtätigkeit einiger bekannter Professoren, so Tierno Galván aus Salamanca und Aranguren aus Madrid. Sie haben sich vielfach mit demonstrierenden Studenten solidarisch ereklärt, ja, an Demonstrationen in den Straßen Madrids mit den Studenten teilgenommen . . . Warum, wieso? Nun, es genügt, das organische Statut der spanischen Universitäten vom 29. Juli 1943 nachzulesen, um zu verstehen, daß die Freiheit von Lehre und Forschung keinen Raum in Franco-Spanien hat und daher nun ihr Recht verlangt. In diesem Statut wird bestimmt, daß die Hochschullehrer, die vom Ministerium direkt ernannt werden, hinsichtlich ihrer politischen Zuverlässigkeit vom Generalsekretariat der «Bewegung», das mit dem Parteiministerium unter Ruíz Solís identisch ist, vor ihrer Ernennung beglaubigt werden müssen. Natürlich sind sie verpflichtet, Religion und die Ideale der «Falange» zu lehren und allezeit den Grundprinzipien der «Bewegung» zu entsprechen.

Hiergegen lehnen sich viele – aber keineswegs alle – Hochschulprofessoren nunmehr auf, das Zeichen einer beginnenden Revolution, die dem Regime diametral entgegensteht. Im März wurden die Professoren Tierno Galván, Montero Díaz, García Calco und Aranguren nicht nur suspendiert, sondern wegen schwerer Vergehen gegen die Disziplin der Universitäten einem akademischen Gericht unterstellt, das eine langwierige Untersuchung eingeleitet hat. Natürlich gibt es auch regimetreue Professoren. Es dürfte wohl die Mehrheit sein. Schließlich sind sie ja auch Staatsbeamte. Zu den regimetreuen Dozenten gehören vornehmlich die Mitglieder der halb geheimen katholischen Organisation Opus Dei, eine Art Laienorden, dessen Mitglieder, ähnlich wie bei den Freimaurern, verschiedenen «Graden» mit verschiedenen Verpflichtungen angehören. Opus Dei stellt eine erhebliche Zahl der jüngeren Technokraten in der Franco-Regierung und besitzt eine eigene Universität, die sogenannte «Estudios Generales de Navarra». In Pamplona, der Hauptstadt Navarras, der Heimat des politisch als Karlismus bekannten klerikalen Traditionalismus, haben nicht die Lehrer, wohl aber die Studenten genau so demonstriert wie an der staatlichen Universität. Die Bewegung der akademischen Jugend ist mithin allgemein geworden. Ähnlich der sozialistischen FUDE, gibt es neuerdings auch eine christdemokratische – natürlich auch illegale – Studentenorganisation, als UED (Unión de Estudiantes Democráticos) bekannt. Sogar die Katholische Aktion hat einen studentischen Zweig, die JED (Juventud Estudiantil Católica).

Die Stellung der katholischen Kirche im sozialen und politischen Leben dieses Landes, dessen Regime in einem blutigen Bürgerkrieg an die Macht kam, zu dessen Beginn und in dessen Verlauf die Kirche offiziell für die rebel-

lierenden Generäle und gegen die Republik Stellung nahm, ist heute weitaus differenzierter als vor dreißig Jahren. Sie läßt sich schwer auf einen einzigen Nenner bringen. Der traditionelle Kirchenhaß breiter Volksmassen, der bereits 1835 zu Zeiten des ersten Karlistenkrieges und dann immer wieder zu Kloster- und Kirchenstürmen führte, ist zweifellos abgeflaut. Soziale Unrast, politische Beschwerden treffen heutzutage mehr das politische System. Die Gegnerschaft gegen die Kirche ist der Gleichgültigkeit gewichen, Anlaß genug für viele katholische Kreise, den Kontakt mit breiten Volksmassen zu suchen, nicht alle Verantwortungen auf sich zu nehmen, wenn auch das Konkordat Priester und Bischöfe immer noch verpflichtet, für den Führer zu beten, wenn auch kein Bischof ohne das Plazet des Staatschefs ernannt werden kann. Diese Kirche, die 1936 den Bürgerkrieg gegen die Republik zum «Kreuzzug» erklärt hatte, was den bekannten, vor Jahren im Exil verstorbenen sozialistischen Schriftsteller Araquistáin zu der Bemerkung veranlaßte, für Kirche und Armee sei die Arbeiterbewegung in Spanien so etwas wie der mohammedanische Erbfeind in den Jahrhunderten der christlichen Wiedereroberung Spaniens gewesen; diese Kirche sieht sich heute in einer sogar in Spanien gewandelten Welt und mithin neuen und schwierigen Lage. Einmal ist da die Sonderstellung der Kirche im Konkordat von 1953, die aber gleichzeitig durch den beherrschenden Einfluß des Staatschefs bei der Bischofswahl eine bedeutsame Einengung erfahren hat. Dann sind da die autonomistischen Traditionen und Strömungen im Baskenland und Katalonien, die mehr denn je zuvor die Kirche mit politischen Fragen konfrontiert. Im Baskenland war der Volksklerus in den autonomistisch eingestellten Gegenden immer schon für die baskische Selbstverwaltung. So gingen die Basken 1936 denn auch in Begleitung ihrer Priester in den Kampf für die Republik. In Katalonien dagegen ist die Lage heute völlig anders als 1936. Die scharfe Reaktion der Katalaner auf die Politik Francos gegen Sprache, Sitte und Selbstverwaltung hat zu heftigen Reaktionen geführt. Nicht zuletzt die gelehrten Mönche des Klosters Montserrat, eine Art katalanisches Nationalheiligtum, haben sich nun durch ihren Abt Dom Aurelio Escarré zum Sprachrohr des Katalanismus gemacht. Nicht nur dieser Abt hatte es gewagt, öffentlich zu erklären, Spanien habe durch ein Vierteljahrhundert hindurch nur Sieger und Besiegte und keinen Frieden gekannt. Escarré ist bekanntlich vor kurzem nach Italien gereist. Niemand zweifelt, daß General Franco diese Reise durch eindringliche Vorstellungen im Vatikan veranlaßt hat, was die Situation keineswegs verbessert. Bei einem Prozeß gegen einen Priester vor dem neuen Tribunal für öffentliche Ordnung haben katalanische Amtskollegen des Angeklagten im Korridor des Justizpalastes in Madrid demonstrativ laut gebetet und katalanische Lieder gesungen.

Natürlich gibt es innerhalb der Kirche sehr verschiedene Anschauungen zu Problemen, die Spanien insbesondere berühren, wie die auf dem Konzil verhandelte Frage der Religionsfreiheit. Aber eines ist sicher: in den Augen der meisten maßgebenden Vertreter der Kirche muß man sich auf eine Zukunft einrichten, die möglicherweise ganz anders aussieht als diese Gegenwart. So hat der Erzbischof von Oviedo, Vicente Enrique Tarancón anlässlich der im Januar durchgeführten Bischofskonferenz einem Journalisten erklärt, es ginge darum, nichts von dem Guten, das man immer schon besessen habe, zu verlieren, sich aber darauf einzurichten, daß neue Winde in Spanien zu wehen beginnen. Deshalb müsse man manchen Ballast abwerfen, um keine zu starken Stöße zu erleiden. Unmittelbar drückten sich diese weisen Worte im Dezember 1963 wohl darin aus, daß die nach der ständestaatlichen Verfassung kompliziert zusammengesetzte Kammer das neue Vereinsgesetz Francos in Abwesenheit der dieser Körperschaft angehörende Bischöfe «verabschiedete». Das hatte es noch nie gegeben, auch nicht, daß einer der «Beauftragten» – so werden die Mitglieder dieser ausgesuchten Körperschaft genannt – sogar gegen dieses Gesetz stimmte. Es gibt Bestimmungen in diesem Gesetz, die durchaus dazu dienen können, unbequeme Aktivitäten gewisser katholischer Organisationen, wie der Arbeiterbruderschaften, der Jugendorganisationen, vielleicht auch der mehr oder minder christdemokratischen Studenten zu unterbinden. Das Vereinsgesetz bestimmt sehr genau, was sein kann und was nicht. Alle Vereine, wenn sie zugelassen werden, stehen unter unmittelbarer Kontrolle der Behörden, die in ihre Bücher Einsicht nehmen, ihre Kassen kontrollieren und vor allem dafür Sorge tragen können, daß keinerlei statutenwidrige, lies politische, Tätigkeit entfaltet wird. Dieses Vereinsgesetz ist eine Ergänzung zur Übertragung der Aburteilung von Delikten gegen die öffentliche Ordnung des Regimes von der Militärgerichtsbarkeit auf die neuen Tribunale für öffentliche Ordnung. Diese Gerichte zeigten alsbald eine gewisse Tendenz, streng juristisch zu urteilen, die Zweifel für die Angeklagten auszulegen und den Begriff der Störung der öffentlichen Ordnung eng auszulegen. Daher mußte man ihnen einen Text in die Hand geben, der allzu große und nicht gewünschte Liberalitäten unterband.

Man weiß auch hohen Ortes, daß die Zeit sich ändert, daß die junge Generation aufsässig zu werden beginnt, daß die erstickende geistige Enge zu den Explosionserscheinungen an den Universitäten geführt hatte, daß dem Ruf nach Demokratisierung nicht nur die Gummiknüppel der Schutzpolizei entgegengesetzt werden können. Man verfolgt mithin in der Regierung, die vom Führer jederzeit berufen oder entlassen werden kann und die nunmehr zunehmend mit jüngeren Technokraten besetzt ist, die zwar modern reden, aber den autoritären Kurs der Staatsführung um jeden Preis zu erhalten sich bemühen, eine Politik der scheinbaren Konzessionen an den Zeitgeist. Anfang April wurde

daher ein neues Statut für die offizielle Studentenorganisation SEU vom Führer selbst verordnet und im Gesetzblatt veröffentlicht. Es entspricht in der Grundkonzeption dem Vereinsgesetz. Bei den Studenten darf nunmehr gewählt werden, in den einzelnen Fakultäten am Ort und für das ganze Land. Es soll nunmehr Vertrauensleute geben, auf allen Stufen und in der gewohnt verschachtelten Weise, die zum ständestaatlichen Ordnungsdenken gehört. Darüber wacht ein Kommissar, der die «Verbindung» mit der Regierung herstellen wird und alles zu überwachen hat. Selbstverständlich hat der reformierte Verband der SEU im Sinne und Geiste der Grundprinzipien der «Bewegung» zu arbeiten. Aber er hat an sich keine Politik zu betreiben, denn die Aufgabe der Hochschullehrer sei zu lehren und die der Studenten zu lernen. Die Zeichen der Zeit haben sich also geändert. Ehedem sollte der SEU nämlich Politik treiben, die Politik der «Bewegung» nämlich. Nunmehr setzt man negative Zeichen, denn wenn es ein Debakel des Franco-Regimes gibt, dann ist es das allmähliche, aber unaufhaltsame Eingehen der politischen Erziehung der Jugend, die nach dem Bürgerkrieg nach dem Modell der deutschen Pimpfe und der italienischen Ballila – oder der portugiesischen Mocedades – aufgebaut worden waren.

Wenn man nun alle diese in schneller Folge auftretenden Symptome einer zweifellos beginnenden großen Krise des spanischen Faschismus registriert, so stellt man unwillkürlich die Frage, ob dieses Regime sich nun wird halten können und wie. Sie ist nicht leicht zu beantworten. Aber die Lage ist noch lange nicht so, daß demokratischer Optimismus bereits gerechtfertigt wäre. Die machtpolitischen Positionen des Regimes sind zweifellos groß. Polizei und Armee sind seine, von keiner Krise angekränkelten Machtpositionen. Durch anderthalb Jahrhunderte hat in Spanien die Armee Politik gemacht, durch ihre Putsche vielerlei Regierungskrisen herbeigeführt, mit Primo de Rivera sieben Jahre hindurch das Land unmittelbar diktatorisch regiert und einen blutigen Bürgerkrieg entfesselt, als die Gefahr bestand, ein parlamentarisches Regime könnte altüberkommene Privilegien antasten, der mit Dienstgraden und Generälen überbesetzten Armee eine bescheidene Rolle im Staate zuweisen. Seither versinnbildlichte der Führer, daß die militärische vor der zivilen Gewalt im spanischen Staate zu stehen hat. Seither gab es in der Fahnenkammer der Armee keine Verschwörungen mehr wie im vorigen und zu Beginn dieses Jahrhunderts.

Ob das so bleiben wird, kann niemand heute mit Sicherheit sagen. Sicher ist, daß die Nachfolgefrage an der Staatsspitze jederzeit akut werden kann. Die neue Verfassungsbegründung (*institucionalización*), von der derzeit die Rede ist, wird wohl monarchische Auswege suchen. Ob sie aber tatsächlich Auswege sein werden, das kann wohl füglich bezweifelt werden.